

Volks-Zeitung

Ruf der Rembrandt-Ausstellung der Akademie



Mit „Unterhaltungs-Blatt“
Moden-Zeitung **Sport-Zeitung**
Film-Zeitung **Haus- u. Garten-Ztg.**
Techn.-Zeitung **Witzblatt „ULK“**

BERLIN
LEITER: WENIG WIND

2 MAL TÄGLICH = 60 PFG. WÖCHENTLICH



Dr./order Studenten lernen fliegen

Mieterschutz verlängert - Tardieus Zuversicht Hugenberg-Propaganda mit Sklarek-Geld

Hindenburg für ein Notopfer

Noch immer keine Einigung im Kabinett / Der Plan einer Sonderbesteuerung der Festbesoldeten

In der gestrigen Kabinettsitzung wurden, wie amtlich mitgeteilt wird, die Besprechungen über die Einnahmeseite des Haushalts fortgeführt. Da über eine Reihe von Punkten eine Einigung nicht erzielt wurde, werden die Beratungen Montag vormittag fortgesetzt.

An der Kabinettsitzung nahm auch, wie wir hören, Staatssekretär Dr. Meißner als Vertreter des Reichspräsidenten teil.

Eine Einigung über den Hauptstreitpunkt, die Deckung des Restfahrlages von 100 Millionen Mark bei der Arbeitslosenversicherung, wurde noch nicht erreicht.

Im Mittelpunkt der Erörterungen stand wieder der Plan des Notopfers.

Ob er in der unveränderten Form des ursprünglichen Vorschlages, nämlich eines einmaligen Notopfers für die Festbesoldeten, und zwar für alle Beamten und für die nicht versicherungspflichtigen Angestellten durchgeführt werden soll oder in erweiterter Form, die sich nicht auf die Festbesoldeten beschränkt, ist eine noch offene Frage. Es wird dies vor allem auch davon abhängen, wie sich der am Sonntag zusammentretende Reichsausschuss der Deutschen Volkspartei zu diesen Fragen stellt, und ob durch eine Erweiterung des Vorschlages die Zustimmung der Volkspartei gewonnen werden kann. Bisher hatten sich die maßgebenden Persönlichkeiten der Volkspartei auch gegen ein Notopfer in dieser allgemeinen Form, besonders mit der Begründung ausgesprochen, dass durch ein Notopfer die Reform der Arbeitslosenversicherung auf unabsehbare Zeit vertagt würde. Für die erste Lösung aber, also

für das Notopfer der Festbesoldeten, spricht neuerdings ein sehr gewichtiges Moment, nämlich die Tatsache, dass sich der Reichspräsident sehr entschieden für diese einmalige Sondersteuer eingesetzt hat.

In Zentrumskreisen verspricht man sich hiervon auch eine starke Wirkung auf die Deutsche Volkspartei. Entscheidungen der Fraktion sind nicht vor der zweiten Hälfte der kommenden Woche

zu erwarten, und daher können die Fraktionsführer auch keine bindenden Erklärungen abgeben.

Da ein Notopfer für Rüstungszwecke bei den meisten Parteien auf keinen Widerstand stossen würde, so ist nicht

einzuwenden, warum nicht ein Notopfer auch einmal für einen besseren, nämlich sozialen Zweck, erhoben werden soll. Ob dieses Notopfer sich freiwillig auf die Festbesoldeten, zu denen man anscheinend auch die besserbezahlten, also nicht versicherungspflichtigen Privatangestellten zu rechnen gewillt ist, obwohl sie genau so auf die Strasse gesetzt werden können wie ein Arbeiter, beschränken darf, bleibt sehr zu überlegen. Die Einbeziehung der sonstigen grossen Einkommen - man denke nur an Aerzte, Rechtsanwälte usw., die grosse Einkünfte haben - müsste den steuerlichen Prozentsatz erheblich herabdrücken. Je breiter die Steuerbasis ist, um so geringer braucht der einzelne belastet zu werden, um den Fehlbetrag der Arbeitslosenversicherung zu decken.

Weitere Beschlagnahmen in der „Ifa“

Auf Veranlassung des Zentrums - Nutzt das was?

Das Amtsgericht Berlin-Mitte hat auf Antrag der Staatsanwaltschaft I die von der Polizei auf der Ifa-Schau ausgeführte Beschlagnahme zweier dort ausgestellt Bilder (Kirchenfenster und Kreuzbild von Grosz) bestätigt und die Beschlagnahme dreier weiterer Bilder bzw. Figuren angeordnet.

Die Beschlagnahme beruht auf Paragraph 166 RStB, wonach die Erregung eines Aergernisses durch öffentliche Gotteslästerung sowie die öffentliche Beschimpfung bestimmter Kirchen und deren Einrichtungen und Gebräuche unter Strafe gestellt sind.

Neu beschlagnahmt sind: 1. eine figürliche Nachbildung des Papstes Pius XI. im Ornat mit einem Revolver in der auf den Beschauer ausgestreckten Hand mit der Inschrift „Rettet die christliche Zivilisation vor dem Teufel und dem Bolschewismus“; 2. die Darstellung eines durch einen Pfarrer erteilten Unterrichts an Zuhörer, die statt der Menschen-Schafsköpfe tragen; 3. eine Nachbildung des beschlagnahmten Kreuzes mit einem Lichtbild des Christusbildes von Grosz und einer Karikatur, die die erste in der Ausstellung durchgeführte Beschlagnahme der Kirchenfenster darstellt.

Das neuerliche Vorgehen gegen die unter kommunistischer Patronanz stehende Freidenker-Ausstellung ist

zweifellos dem Zentrum zuliebe erfolgt. Am Donnerstag gab im Landtag ein Zentrumsabgeordneter über die „Ifa“ der Empörung seiner Partei Ausdruck und rüffelte zugleich die Zurückhaltung der Polizei, die bisher nur drei Darstellungen beschlagnahmt hatte. Auch der Geschäftsträger der apostolischen Nuntiatur in Berlin legte Protest ein. Darauf hat Zörgiebel gestern nochmals seine Beschlagnahmekommission ausgesandt.

Manche von den beschlagnahmten Darstellungen mögen geschmacklos oder sonst anfechtbar sein - politisch klug scheint uns das Vorgehen des Zentrums nicht zu sein. Denn es hat für die bisher kaum beachtete Ausstellung eine Bombenreklame gemacht und hat die kirchenfeindliche Bewegung in die öffentliche Diskussion eingeschaltet - wahrscheinlich nicht zu ihrem Schaden!

Die katholische Kirche hat früher mit Feuer und Schwert (Inquisition!) Abtrünnige, Zweifler und Freidenker, zu denen auch der Gelehrte Galilei gehörte, der die jetzt auch von der katholischen Kirche anerkannte Bewegung der Erde um die Sonne behauptete, als Kirchenfeinde auszurotten versucht, um damit abschreckende Exempel zu statuieren. Es war vergebens. Das müssten auch die sonst so klugen Zentrumsherren wissen. Kirchenfeindschaft wird nur durch praktisches Christentum verhindert.

Wie steht es aber damit? Einer, der für die Betätigung der christlichen Gesinnung mit Leidenschaft eintritt, nämlich der Würzburger Christlichsoziale Vitus Heller, wird vom Zentrum und dem Klerus ebenso leidenschaftlich bekämpft. Es ist schliesslich auch kein Zufall, dass die Kirchenaustrittsbewegung in Oesterreich einen erheblichen Umfang angenommen hat. Sollten daran nicht auch der Klerus und die klerikalen Parteigänger ein gut Teil Schuld haben? Und läge da nicht Selbstkritik und Umkehr näher als die Mobilisierung der Polizei?

Die ungesetzliche Firma DD-Bank

Das Landgericht Berlin I hat auf die Klage eines Aktionärs die Firmenbezeichnung „Deutsche Bank- und Diskontogesellschaft“, die nach der Verschmelzung der beiden Banken angenommen wurde, für ungesetzlich erklärt, da die Bezeichnung „Aktien-Gesellschaft“ fehle.

9750 Aussteller in Leipzig. Auf der diesjährigen Frühjahrsmesse sind 9750 Aussteller anwesend, darunter 1250 Ausländer.

Neue Schacht-Spitzen gegen die Reichsregierung

Weltbank-Protokoll in Rom unterzeichnet

ROM, 28. Februar.

In der gestern nachmittag abgehaltenen zweiten und letzten offiziellen Sitzung der Vorsitzenden der Emissionsbanken der sechs Staaten, die die B.I.Z. gründen, wurde die Konstituierungsakte der „Bank für den internationalen Zahlungsausgleich“ unterzeichnet.

Das Protokoll, das die Gründung der Bank ausspricht, an die sich so viele Hoffnungen für die europäische und die Weltwirtschaft knüpfen, trägt die Unterschriften von Dr. Schacht (Reichsbank), Montague Norman (Bank von England), Moreau (Bank von Frankreich), Stringher (Bank von Italien), Tanaka für den Präsidenten der Bank von Japan, und Franquet (Bank von Belgien). Schon heute im Laufe des Vormittags trafen die beiden Telegramme aus Amerika ein, in denen MacGarrah (Federal Reserve Board) seine Zustimmung zur Wahl zum Vorsitzenden des Verwaltungsrates, und Fraser (Morgan-Gruppe) zum Mitglied des Verwaltungsrates erteilte.

Nach der Unterzeichnung des Protokolls empfing Dr. Schacht die Vertreter der deutschen Presse. Der Reichsbankpräsident scheute sich dabei nicht einmal, im Auslande gegen die Reichsregierung zu polemisieren. Ermutigt durch Fragen des Vertreters der Hugenberg-Presse, warf Schacht der Reichsregierung vor, dass ihre Aussenpolitik in den letzten Jahren nur durch innenpolitische Gesichtspunkte bestimmt worden sei.

Auch eine kleine internationale Verärgerung hat Schacht wieder einmal ausgelöst. Seine Weigerung, schon jetzt die beiden deutschen Mitglieder des Verwaltungsrates der Bank für internationalen Zahlungsausgleich bekannt zu geben, wird von einigen Pariser Blättern scharf kritisiert und als neuen Sabotageakt des Reichsbankpräsidenten gegen die Inkraftsetzung des Young-Planes bezeichnet.